

men bei Nationalratswahlen von 1994 bis 2013 und kam zum Ergebnis, dass Wählerinnen und Wähler verständlicherweise vor allem bekannte Namen eintragen. Da aber Frauen sowohl im Parlament als auch in der Regierung unterrepräsentiert und daher weniger Politikerinnen als Politiker medial bekannt sind, werden sie auch seltener auf dem Stimmzettel angegeben.

Keine grundsätzliche Selbstverständlichkeit

Diese Untersuchung bestätigt somit die Thesen aus der Frauen- und Geschlechterforschung und eröffnet ein Problemfeld: Wo Frauen nicht als politische Akteurinnen in Erscheinung treten, fehlt anderen Frauen schließlich die Identifikationsfigur, sich selbst als politisch Aktive einzubringen. Gibt es beispielsweise keine oder kaum Bürgermeisterinnen im näheren Umfeld eines Mädchens, mangelt es an der grundsätzlichen Selbstverständlichkeit, vielleicht später auch selbst Bürgermeisterin zu werden. Die Forschung sprach daher lange von der „subjektiven Fremdheits-erfahrung“, die Frauen in der Politik erlebten. Wenn Frauen wenige andere Frauen in höheren politischen Positionen sehen, schätzen sie auch den Wettbewerb um öffentliche Ämter viel größer und ihre eigenen Chancen viel niedriger ein, als es Männer tun, und nehmen sich selbst zurück.

Dass der Frauenanteil nun langsam, aber doch kontinuierlich im Steigen begriffen ist, beruht daher auf einer steten öffentlichen Bewusstseinsbildung, aber noch mehr auf der Selbstverpflichtung mancher Parteien zur Frauenförderung. Mittels Quoten oder Mentoringprogrammen werden politische Ämter gezielt mit Frauen besetzt, gerade auch um Rollenvorbilder für künftige Politikerinnen zu schaffen. Zwar ist das Geschlecht heute weniger sozialer Platzanweiser als in früheren Generationen, doch gibt es immer noch ungleiche gesellschaft-

liche und ökonomische Ausgangsbedingungen und die Selbstverständlichkeit, politisch tätig zu werden, ist zwischen den Geschlechtern nicht gleich verteilt. Eine US-amerikanische Studie mit dem bezeichnenden Titel *Good Girls go to the Polling Booth, Bad Boys go Everywhere* erhob die Eigenprognosen 14-jähriger Mädchen und Burschen bezüglich ihres künftigen politischen Engagements: Während es in jenem Alter keine Unterschiede in den Zukunftsentwürfen gab, zeigt sich unter Erwachsenen eine deutliche Schiefelage zugunsten der Männer, die neben den bereits genannten Stereotypen vor allem auf einer ungleichen Arbeitsteilung beruht. Denn Frauen sind zwar in die Erwerbsarbeitswelt eingetreten, Männer haben jedoch nicht im gleichen Ausmaß Verantwortung für die Familienarbeit übernommen. Dadurch wird Mutterschaft immer noch zur Benachteiligung für die politisch aktive Frau. Kürzlich portraitierte die Journalistin Lou Lorenz-Dittlbacher in ihrem Buch *Der Preis der Macht* ehemalige Spitzenpolitikerinnen und zeigte auf, dass sie entweder keine oder sehr früh Kinder bekommen hatten und erst danach Karriere machen konnten. Bei Männern spielt Vaterschaft hinsichtlich der Übernahme hoher politischer Ämter dagegen keine Rolle.

Rollen- und Ressortverteilung

Die stereotype Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern spiegelt sich auch noch immer in der politischen Ressortverteilung wider: Jüngst erhob eine Studie der Universität Kent unter dem Titel *Entering the men's domain?*, inwiefern es Frauen in den vergangenen 30 Jahren gelungen sei, politische Machtpositionen zu erlangen. Hierfür wurde die Vergabe von Regierungsposten in 29 europäischen Staaten, darunter auch Österreich, analysiert. Es zeigte sich, dass als zentral angesehene Ministerien (insbesondere Inneres, Finanzen, Wirtschaft und Verteidigung) eher männlich besetzt werden;

zudem erhalten Männer auch eher jene Ressorts übertragen, die ihren Parteien inhaltlich besonders wichtig sind, also deren Kernthemen darstellen. Frauen sind hingegen vor allem in stereotypisch „weiblichen“ Ressorts wie zum Beispiel in Sozial- und Bildungsministerien repräsentiert. Je eher eine Partei im rechten Spektrum zu verorten ist, desto stärker offenbart sich dieser Effekt; und je traditioneller die Rollenbilder der Wählerinnen und Wähler einer Partei sind, desto seltener werden Frauen in stereotypisch „männliche“ Ressorts (wie z.B. Verteidigungsministerium) ernannt. Die Geschlechterunterschiede in der Politik äußern sich demnach nicht nur quantitativ, also in einer Unterrepräsentation der Frauen gegenüber ihrer Bevölkerungsgröße, sondern auch qualitativ in der Frage, wem welche Rolle zugeschrieben und folglich welches Ressort übertragen wird.

100 Jahre nach der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung vom 16. Februar 1919, bei der erstmals auch Frauen aktiv und passiv wahlberechtigt waren, ist das Thema „Frauen in der Politik“ noch immer relevant, weil zwar viel erreicht aber noch immer keine Gleichheit hergestellt werden konnte. Damals kandidierten 115 Frauen; allerdings nur acht von ihnen konnten ein Mandat erringen. Dies lag daran, dass die Parteien zwar Frauen nominiert hatten, meist jedoch an völlig aussichtsloser Stelle. Bis heute haben Parteien großen Einfluss darauf, wie stark die Geschlechterunterschiede in der Politik zu Tage treten und erweisen sich als wesentliche Türsteher für den Zugang in höhere Ämter. Die Geschlechterdemokratie erfordert somit ein starkes Bekenntnis und Engagement, sowohl bei der inhaltlichen als auch bei der strukturellen Ausgestaltung von Politik als Beruf.

Dr.ⁱⁿ Tamara Ehs ist Politikwissenschaftlerin und Vorsitzende der IG Demokratie

Bildungspolitik

Das neue pädagogische Paket der österreichischen Regierung zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Pädagogik, Schule und Gesellschaftsreform sind in ihrer Dreifaltigkeit längst bekannt, wenn nicht akzeptiert: taucht ein soziales Problem auf und fehlt eine erfolgversprechende Lösung, ist die Schule als probates Mittel zur Hand. Beklagen wir eine Wirtschaftskrise, soll in der Schule der Umgang mit Geld gelernt werden, um zukünftige Pleiten zu verhindern oder steigt die Zahl fettleibiger Jugendlicher, muss an Schulen mit „gesunder Jause“ und Sportunterricht den falschen Ernährungsgewohnheiten Einhalt geboten werden. Die Pädagogisierung, also die Zuteilung von sozialen Problemen an Schule, Bildung und Erziehung, hilft einer Gesellschaft dabei in dreierlei Hinsicht. Einerseits kann man sich einer kurzzeitigen Befreiungsphantasie hingeben und sich des Moments der Entlastung erfreuen. Zum Zweiten wird der soziale Optimismus bedient, dass die unverdorbene, nachwachsende Generation die Problematik mit etwas Hilfe – also mit Pädagogik – schon lösen wird. Ehe die Lösungshoffnung, drittens, in Schulkritik umschlägt, da LehrerInnen, SchülerInnen und Schule nicht tun würden, was von ihnen verlangt wird, nämlich das soziale Problem zu lösen. Das war ohnehin nicht zu erwarten gewesen und belegt die Bildungsgeschichte unzählige Male, aber wenn schon Bildung als säkularisierte Religion der Moderne auftritt, darf man daran glauben.

Es verwundert dann auch nicht, dass die österreichische Politik über den Bildungsbereich versucht, Reformen und gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Schule ist – historisch wären noch Kirche und Militär zu nennen – eine der wenigen Institutionen, in denen sich Gesellschaft unabhängig von Herkunft und Geld begegnen kann. Auch das fragmentiert in der Gegenwart zusehends, aber das Streben der Politik nach gesellschaftsformenden

Schulen, der Eltern nach Statussicherung und Vorteilen für den eigenen Nachwuchs sowie der Schülerschaft nach endenwollender Zumutung sind trotzdem verständlich.

Pädagogisches Paket: Standardisierung als Lösung?

Bemühungen der PolitikerInnen, von ihnen definierte Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft durch Schule zu bearbeiten oder gar abzuschaffen – wie das „Pädagogische Paket“ es aktuell versucht – sind nicht nur illusorisch, sondern werden von der Politikwissenschaft gar als „stupid öffentliche Politik“ bezeichnet. Das rührt daher, dass uneinlösbare Versprechen gegeben werden, die zudem zumeist außerhalb der Verfügungsgewalt von Politik liegen. Drei prominente Beispiele aus dem oben genannten Programm verdeutlichen dies: Das Grundkredo der Standardisierung soll Klarheit in den Bereichen Schulreife, Leistungsbeurteilung und Berufsentcheidung bringen.

Bisher unterschiedliche Aufnahmepraktiken in der Volksschule sollen in gleiche Formate mit Sprachtestungen überführt werden. Die Einschulung verspricht, das Deutschniveau und das schulrelevante Vorwissen abzubilden. Beides verspricht mehr als es zu halten mag. Sprachentwicklung und Vorwissen sind ebenso vom Elternhaus abhängig, wie sie das Lebensumfeld der Tafelklässler widerspiegeln, das in Wien anders sein kann als in Vöcklabruck.

Probleme und Unschärfen bei der Notengebung sind auch durch Standardisierung nicht aufzuheben. Einerseits zeigen Studien, dass ohnehin schon bessere Schüler profitieren. Andererseits kommt es zunehmend zu Unterricht, der auf die Tests hintrainiert, was zum Verschwinden von nicht testrelevanten Gegenständen, wie Musik,

*Bernhard Hemetsberger, MA
Institut für Bildungswissenschaft*

Sport etc. führt. All dies stützt das ungeliebte Argument, dass Schulen durch Standardisierung ihre lebensvorbereitende Funktion zunehmend einbüßen würden.

Zuletzt ist die proklamierte „Treffsicherheit“ bei Berufsentscheidungen durch österreichweite Tests in Frage zu stellen. Das „Pädagogische Paket“ glaubt geradlinige Lebenswege durch „richtige“ Schul- und Berufsentscheidungen zu ermöglichen, tappt aber im Dunkeln bezüglich dessen, was in Zukunft an Wissen oder Fertigkeiten gefragt sein wird. Nach Hannah Arendt ist Bildung immer ein konservatives Projekt, in dem Wissen der Vergangenheit tradiert wird, dem gegenwärtig zugetraut wird, auch für zukünftige Generationen wichtig zu sein.

Düstere Aussichten für den Bildungsbereich?

Die unintendierten Nebenfolgen der angekündigten Reformen können in internationalen Studien, bereits angegriffen und analysiert werden. Es ist erstaunlich, wie resistent wissenschaftliche Erkenntnisse im Bildungsbereich von einer „evidenzbasierten Bildungspolitik“ ignoriert werden. Dort hilft auch die faustische Einsicht nicht, die „Kraft, die stets das Gute will, aber Böses schafft“, zu sein.

Es wird also an den pädagogischen PraktikerInnen liegen, das Schulwesen nicht nur testgetrieben, sondern auch als Lebens- oder gar als Glaubensgemeinschaft (Bildungskongregation 1982) zu verstehen, in der soziale Erfahrungen ermöglicht werden, mit anderen zu lernen, mit anderen auszukommen und das auch unter teils widrigen Bedingungen. Eine gegenwärtig fast exklusiv an Schulen erwerbende Erfahrung, die ziemlich entscheidend ist für ein langfristiges individuelles Wohlergehen, aber auch für so etwas wie Demokratie.

Sozialhilfe neu

Geldleistungen kürzen, Bedürftige bestrafen

Die aktuelle Reform der Mindestsicherung sieht empfindliche Kürzungen für besonders armutsgefährdete Menschen in Österreich vor.

Die österreichische Bundesregierung beschloss am 28. November 2018 eine Reform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). Stand 2017 bezogen 307.853 Personen BMS (davon 34 % Frauen, 31 % Männer und 35 % Kinder). Bloß 10 % erhielten den maximal möglichen Betrag, während ein großer Teil (Wien 2016: 64 %) „AufstockerInnen“ waren: BezieherInnen äußerst geringer Einkommen (sowohl Erwerbseinkommen als auch Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe) wurden auf den Betrag der Mindestsicherung aufgestockt. Die anspruchsberechtigten Menschen gehören zu den Ärmsten in Österreich.

Für diese 3,5 % der Bevölkerung wurden zuletzt bloß 0,9 % des Sozialbudgets über die Mindestsicherung ausgegeben. Bei einer Sozialausgabenquote von 29,5 % handelt es sich also um etwas weniger als drei Promille der Wirtschaftsleistung Österreichs. Die nun geplanten Kürzungen führen somit bloß zu marginalen Veränderungen im Promille-Bereich des Gesamtbudgets. Für die Betroffenen sind die finanziellen Einbußen hingegen prozentuell deutlich größer. Neben Menschen mit Migrationshintergrund sind vor allem kinderreiche Familien von weiterer Verarmung betroffen.

„Sozialhilfe neu“ – Herkunfts- und Kindermalus

Die Mindestsicherung soll österreichweit als „Sozialhilfe neu“ vereinheitlicht werden und die BMS ablösen. Die Regierung orientierte sich bei der Vereinheitlichung an den niedrigsten Sätzen der bisher verantwortlichen Landesregierungen. Diese niedrigsten Sätze sollen nun als neue Maximalbeträge gelten. Das bedeutet je nach Bundesland deutliche Ein-

bußen für sozial Bedürftige. Die aktuelle Reform sieht vor, dass es weitere Nivellierungen nach unten geben soll. 300 € des neuen Basisbetrags von 863,04 € (für alleinstehende Personen; Paare bekommen max. 1.208,26 €) im Monat sollten nämlich bloß als „Arbeitsqualifizierungsbonus“ ausbezahlt werden. Dieser sogenannte „Bonus“ steht nur Menschen mit österreichischem Pflichtschulabschluss zu. Alle anderen müssen Deutschkenntnisse auf B1-Niveau oder Englischkenntnisse auf C1-Niveau nachweisen, um Anspruch auf den vollen Betrag zu erreichen. MigrantInnen haben es daher deutlich schwieriger, die vollen 863,04 € zu erhalten. Für sie soll in Wirklichkeit ein „Herkunftsmalus“ gelten.

Auch eine weitere geplante Reformmaßnahme sorgte für Unverständnis bei vielen BeobachterInnen: Der neue Malus bezieht sich nämlich nicht bloß auf die Herkunft der Hilfebedürftigen, sondern auch auf die Größe ihrer Familien. Der ausbezahlte BMS-Betrag reduziert sich exponentiell mit der Anzahl der Kinder: So bekommen Elternpaare für das erste Kind noch 215,76 €, das zweite ist nur noch 129,46 € wert und ab dem dritten Kind sinkt der Betrag auf 43,15 €. Alleinerziehende bekommen zwar geringfügig mehr, aber auch bei ihnen sinkt der Betrag exponentiell vom ersten Kind (315,76 €) bis zum vierten und danach folgenden Kindern (68,15 €). Daher gehören kinderreiche Familien zu den Hauptbetroffenen der Kürzungen. Ab dem dritten Kind müssen 1,40 € pro Tag ausreichen. Das widerspricht nicht nur dem Grundsatz der Gewährung gleicher Würde für alle. Dadurch steigt auch die Gefahr akuter Verarmung von Kindern. Der „Herkunftsmalus“ der

*Dr. Bernhard Leubolt MA
Ökonom und Politikwissenschaftler*

„Sozialhilfe neu“ wird daher ergänzt durch einen „Kindermalus“.

„Sozialhilfe neu“ und katholische Soziallehre

Diese Maßnahmen stehen in krassem Widerspruch zu zentralen Prinzipien der katholischen Soziallehre. Seit der ersten päpstlichen Sozialenzyklika Ende des 19. Jahrhunderts betont die Soziallehre die Zentralität der menschlichen Würde und die Zusammenhänge von Würde mit dem Erwerbsarbeitsleben, den Arbeitsbedingungen und dem dafür erhaltenen Einkommen.

Die in Europa übliche Definition von Armut richtet sich nach dem Median-Einkommen – wer weniger als 60 % des Einkommens des mittleren Einkommens der Bevölkerung verdient, gilt als arm. Je nachdem, wie viele Familienmitglieder von einem Erwerbseinkommen versorgt werden müssen, variiert der Wert (1.238 € für einen 1-Personen-Haushalt; 2.971 € für einen 2-Personen-3-Kinder-Haushalt). Dieser Betrag gilt zwar in der EU als offizielle Armutsgrenze, ist im Prinzip aber ein Indikator für Ungleichheit, der nicht misst, ob man sich Alltagsgüter leisten kann, sondern wie viel man relativ zum Rest der Bevölkerung verdient. Es spricht zwar einiges dafür, Armutgefährdung so zu definieren, weil Armut von der Teilhabe am gesellschaftlich Üblichen abhängt. Die wichtigste wissenschaftliche Grundlage aber für eine genauere Bestimmung von Armut liefern Referenzbudgets, die berechnen, wie viel Geld ein Haushalt monatlich bei bescheidener Lebensführung benötigt, um nicht in Armut und sozialer Ausgrenzung leben zu müssen. Neben den Ausgaben für Wohnen, Kleidung, Gesundheit und Ernährung, betrifft das auch beschei-

dene Ausgaben für Kultur und soziales Leben sowie Körperpflege. Eine einzelne Person braucht demzufolge 1.393 € pro Monat, während ein Paar mit drei Kindern schon 4.151 € monatlich benötigen würde, um angemessen am gesellschaftlichen Leben Österreichs teilhaben zu können. Referenzbudgets geben eine Orientierung, wie viel Geld in Österreich tatsächlich monatlich erforderlich wäre, um würdevoll leben zu können und Teilhabe zu erfahren. Wenn man also von den Konsumbedürfnissen ausgeht, zeigt sich, dass nicht nur viele Sozialleistungen weit entfernt davon sind, gesellschaftliche Teilhabe zu sichern, sondern vielfach auch die Erwerbseinkommen. Referenzbudgets verweisen somit ebenfalls auf die Notwendigkeit, zusätzlich die gesamtgesellschaftliche Verteilung von Vermögen und Einkommen (insbesondere die Verteilung zwischen Kapitaleinkommen und Lohneinkommen) in den Blick zu nehmen. Laut Angaben der Regierung reduziert sich

der Mindestsicherungsbetrag nach der geplanten Reform von 2.590 € auf 2.190 € pro Monat für Familien mit drei Kindern. Die Nichtregierungsorganisation SOS Mitmensch errechnete sogar einen deutlich niedrigeren Betrag von bloß 1.597 € pro Monat. In beiden Fällen handelt es sich um Beträge ohne Herkunftsmalus.

Der Kindermalus sowie die generelle Kürzung der Ausgaben belaufen sich im Vergleich zur aktuellen Situation in Wien selbst bei konservativen Schätzungen auf 400 € pro Monat. Die Differenz zur Armutsgrenze beträgt somit 780 € im Monat – selbst für eine Familie, deren Eltern in Österreich ihre Pflichtschule absolvierten. Kommt neben dem Familienmalus noch der Herkunftsmalus ins Spiel, reduziert sich der Betrag laut Angaben der Regierung nochmals von 2.190 € auf 1.684 € pro Monat. Die Familie erhält somit ein monatliches Einkommen, das etwa tausend Euro unter der Armutsgrenze liegt. Zur umfassenden Teilhabe

am gesellschaftlichen Leben fehlt dann noch deutlich mehr Geld.

Bestrafung von Armut, Herkunft und Kinderreichtum

Ausgehend von einem christlich-sozialen Bewusstsein, sagte einst Helmut Kohl, dass die Menschlichkeit einer Gesellschaft sich nicht zuletzt daran zeige, wie sie mit den schwächsten Mitgliedern umgeht. Dieses Bewusstsein lässt die aktuelle Bundesregierung in den Reformen der „Sozialhilfe neu“ vermissen. Um Einsparungen im Promille-Bereich des Staatsbudgets zu erzielen, sind sozial Bedürftige gezwungen, auf Beträge zu verzichten, die einem hohen Prozentanteil ihres Monatseinkommens entsprechen, das ohnedies schon unter der Armutsgrenze lag. Verarmung und Verelendung der schwächsten Mitglieder sind die abzusehenden Folgen einer Politik, die sich immer deutlicher von den Grundsätzen christlicher Nächstenliebe und sozialer Gerechtigkeit entfernt.

Arbeit spaltet?!

Wie gelingt Solidarität in der aktuellen Arbeitswelt?

Gesellschaftspolitische Tagung: Samstag, 23. März 2019, 10 bis 17 Uhr

Bildungshaus Schloss Puchberg, Puchberg 1, 4600 Wels

Prekäre Arbeitsverhältnisse, Flexibilisierung, „Neue Selbständigkeit“, ob als Zustelldienst, 24-StundenpflegerIn oder als Crowdworker im Internet und finanzielle Kürzungen im Sozialbereich führen zu einer systematischen Spaltung der ArbeiterInnenschaft. Die Menschen in der Arbeitswelt treten immer mehr in Konkurrenz und ihre Interessen werden gegeneinander ausgespielt. Moderne Vorstellungen von Selbstbestimmung kollidieren mit einer ungleichen, geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Die Tagung widmet sich der Analyse der prekären Situation der ArbeitnehmerInnen, im Hinblick auf eine globalisierte Arbeitswelt und veränderte politische und gesellschaftliche Bedingungen.

Die wesentlichen Fragen, die gestellt werden:

>> Wie können vorhandene Kräfte gebündelt werden ?

>> Wie kann die Vision einer solidarischen Gesellschaft verwirklicht werden?

Im Rahmen von Workshops und Vorträgen mit ReferentInnen zu den Themen Digitalisierung, Care-Arbeit, internationale Gewerkschaften und prekäre Arbeitsverhältnisse, werden bestehende Bedingungen analysiert und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Gefördert durch



ReferentInnen:

Alexander Behr

(„Internationale Solidarität“)

Bernhard Leubolt

(„Digitalisierung in der Arbeitswelt“)

Florian Preisig

(„Genderspezifische Gerechtigkeit“)

Sandra Stern

(„Undokumentierte Arbeit“)

Info/Anmeldung:

☎ (0732) 76 10 – 32 51 oder
sozialreferat@dioezese-linz.at

Veranstalter:

Sozialreferat der Diözese Linz
in Kooperation mit dem Forum
mensch & arbeit – KAB und
Betriebsseelsorge, sowie dem
AbsolventInnenkreis der Katholi-
schen Sozialakademie Österreichs

Sinn und Unsinn von Wirtschaftssanktionen

Über Erfolge und Misserfolge bei der Bestrafung mit wirtschaftlichen Instrumenten in der Weltpolitik. Der Einsatz von Sanktionen ist umstritten, da oft besonders die Bevölkerung darunter leidet.

Dr. Thomas Roithner

Friedensforscher, Universität Wien

Über 30 Staaten stehen auf der EU-Sanktionenliste. Natürlich wird heute differenziert: Waffen- und Ölembargo, eingefrorene Konten, Einreiserestriktionen, Boykott von Kultur- und Sportveranstaltungen, Schließung von Botschaften oder umfassendes Wirtschaftsembargo. Allein 52 verschiedene Sanktionen der EU gibt es gegen Nordkorea, Sanktionsunterlaufungen inklusive. Sanktion ist also nicht gleich Sanktion und trifft Staaten, Regierungen, Unternehmen, Militärs, Rüstungsindustrie und die Bevölkerung unterschiedlich. Die Absicht ist jedoch stets, AkteurInnen mit wirtschaftlichen Instrumenten zu bestrafen bzw. zu einer Verhaltensänderung zu zwingen.

Sanktionen existieren seit der Antike. Vor etwa 100 Jahren erhoffte man im Völkerbund – der Vorgängerorganisation der UNO – Waffen zum Schweigen zu bringen, indem man Staaten mit ökonomischen Mitteln zum Einlenken brächte. Bist du nicht willig, so gebrauche ich nicht zuerst militärische, sondern wirtschaftliche Gewalt. In den Vereinten Nationen beschließt der Sicherheitsrat Sanktionen. Diese sind auch ein Instrument der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Ebenso oft in den Medien sind US-Sanktionen, zum Beispiel die gegen den Iran oder Russland.

Unter Kritik standen Wirtschaftssanktionen wegen ihren negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung. Daher überlegte man, wie Sanktionen genau jene treffen, die getroffen werden sollten. Häufig wurden in den letzten drei Dekaden Sanktionen gegen ökonomisch ärmere Staaten verhängt. Dies verschlechterte die wirtschaftliche, medizinische und bildungspoli-

tische Situation der Bevölkerung. Über den Irak verhängte die UN von 1990 bis 2003 umfassende Wirtschaftssanktionen und das „food for oil“-Programm wurde eingerichtet. Verantwortlich war der deutsche Diplomat Hans von Sponeck. Er reichte im Jahr 2000 aus Protest gegen die UN-Sanktionen seinen Rücktritt ein, denn sie trugen die Schuld am Sterben irakischer Kinder. Die Sanktionen gegen den Irak generierten sich zu einer Massenvernichtungswaffe, so Sponeck.

Sanktion des einen bedeutet nicht selten Gegensektion des anderen. Beide sind betroffen und der Schuss geht oft nach hinten los. Mit diesem Argument wird in Österreich gegen die einstimmig zu verhängenden und verlängernden EU-Sanktionen gegenüber Russland aufgetreten. EU-Loyalität wiegt jedoch schwerer als der wirtschaftliche Schaden. Die Gegensektionen Putins hatten einen Importrückgang westlicher Lebensmittel zur Folge. Die EU-ProduzentInnen verlieren – die RussInnen müssen tiefer in die Tasche greifen und ihr Leben verteuert sich.

Sanktionen beenden

Nicht selten ist das Verhängen von Sanktionen einfacher, als diese wieder zu beenden. Beiden Seiten kann ein Gesichtsverlust drohen. Enden Sanktionen ohne Verhaltensänderung des Sanktionierten, lädt dies zur Wiederholung ein. Die EU-Sanktionen gegen Russland sollen Moskau bezüglich der Krim bestrafen. Präsident Putin zeigt jedoch keine Anzeichen für eine Verhaltensänderung, trotz Sanktionsverschärfung gegen die Banken-, Rüstungs- und Energiebranche. Gleichzeitig ist Russland der Verkauf von fossilen Energie-

trägern in die EU – nicht zuletzt aufgrund der hohen Abhängigkeit einiger EU-Staaten – erlaubt. Knickt der Sanktionierte ein, wirkt er außenpolitisch und wirtschaftlich schwach.

Der Beschluss von UN-Sanktionen ist Teil des nationalstaatlichen Interessensbasars, weshalb diese nach Ende des Kalten Krieges wesentlich häufiger verhängt wurden. Auch globale wirtschaftliche Verflechtungen und Abhängigkeiten haben die Bedeutung von Sanktionen ansteigen lassen. Der Aufbau von Allianzen und ein langer Atem sind besonders wichtig, wenn Sanktionen wirkungsvoll sein sollen. Die Sanktionierung eines Mitglieds des UN-Sicherheitsrats kann dessen umfassendere Nicht-Kooperation in weiteren Fragen zu Frieden und Sicherheit bedeuten. Eine partielle Lähmung der internationalen Politik und Zusammenarbeit ist – wie ein Blick in die Tageszeitung zeigt – eine Quelle für neue Unsicherheit.

Die ersten US-Sanktionen gegen den Iran starteten Ende der 1970er Jahre. Die heutigen Iran-Sanktionen haben veränderte Begründungen. Diese sind – damals wie heute – von geopolitischen und geoökonomischen Interessen nicht unabhängig. Die US-Sanktionen gegen Kuba liefen betreffend regime-change ins Nichts. Die Wirkung von Sanktionen hängt ebenfalls von der (erzwungenen) Leidensbereitschaft der Bevölkerung ab.

Ökonomische Gewalt

Wirtschaftssanktionen sind heute keine alleinstehenden Maßnahmen. Sie können durch diplomatische Vermittlungsversuche, militärische Drohungen, Anreize etc. begleitet werden. Daher ist der Effekt von Sanktionen nicht leicht

zu isolieren und schwierig direkt messbar. Eine Sanktion löst keine direkten Schüsse und Schläge aus. Ihre Gewalt ist struktureller Natur. Gewaltstrukturen – das zeigen die Irak-Sanktionen – können todbringend sein.



Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

M. Hartmann: Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden. Campus Verlag, Frankfurt/Main 2018, 276 Seiten. € 19,95

Die wirtschaftlichen und politischen Eliten (Führungsverantwortliche) entfernen sich immer mehr von der breiten Bevölkerungsmehrheit. Sie kapseln sich sehr oft zu einer geschlossenen Gesellschaft ab. Die Lebenswelten zwischen den Eliten und den Anderen driften immer mehr auseinander. Sie glauben, dass für sie eigene Regeln gelten und setzen sich dadurch immer wieder über die allgemeinen Gesetze hinweg (Korruption, Steuerhinterziehung usw.). Aus welchen gesellschaftlichen Schichten rekrutieren sich nun diese Eliten? Eine Ausbildung an ausländischen Eliteschulen bzw. -universitäten spielt nur eine geringe Rolle. Aber die meisten Kinder besuchen „bessere“, ausgewählte Gymnasien, die Grundschulausbildung erfolgt größtenteils in öffentlichen Schulen mit einem höheren Anteil an Waldorfschulen. Wichtiges Kriterium sind die Wohnviertel in denen die Eliten ihr Zuhause haben. Und das Allerwichtigste ist: Erbe durch begüterte Vorfahren. Die größte Gefahr für die Demokratie besteht in der Zunahme des Gefühls der Mehrheit der Bevölkerung: „die da oben“ richten sich alles, was wiederum den Rechtspopulismus stärkt. Der Autor rät deshalb von einem „Elitenbashing“ ab und verlangt eine Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik hin zu einer gerechteren Gesellschaft.

N. Dimmel, T. Schmid (Hrsg.): Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis/Blau. Mandelbaum Verlag Wien, Berlin 2018, 308 Seiten. € 20,-

Der vorliegende Sammelband vereinigt ein Kaleidoskop von – nicht überraschend – hauptsächlich linken Reflexionen zur herrschenden Regierung und zwar in der Doppelbedeutung von „zu Ende“: was kommt am Ende heraus bzw. was muss getan werden, um dem ein Ende zu bereiten. 46 AutorInnen haben in teilweise nur kurzen Skizzen zu diesen Fragen Stellung genommen. Was ist los? Welche historischen, politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bestimmungsmomente haben zur politischen Ausgangslage nach der Nationalratswahl 2017 geführt? Kann man prognostizieren, wohin sich die österreichische Gesellschaft in der nächsten Legislaturperiode entwickeln wird? Was tun? Welche Handlungsspielräume bestehen, um die Deutungsmacht wieder zu erringen? Der Punkt, in dem sich die meisten AutorInnen treffen, ist: eine weitere Spaltung der Gesellschaft muss verhindert werden.

J.G. Zaller: Unser täglich Gift. Pestizide – die unterschätzte Gefahr. Deuticke Verlag, Wien 2018, 239 Seiten. € 20,60

Pestizide werden in vielen Gebieten – auch im privaten Bereich – eingesetzt, ohne ihre genaue Zusammensetzung zu kennen und damit auch über Nebenwirkungen auf Menschen und Umwelt wenig bis gar nichts zu wissen. Das häufigste Argument für den Einsatz von Pestiziden ist die Sorge um die Ernährungssicherheit für die Weltbevölkerung. Ein Problem ist auch, dass Schädlingsbekämpfungsmittel vorbeugend, noch bevor Schädlinge überhaupt aufgetreten sind, eingesetzt werden. Tipps, was man dagegen tun kann, gibt es wenige: Kauf von ökologisch einwandfreien Produkten, Einflussnahme auf die Politik zur Verhinderung von gefährlichen Pestiziden. Da gibt es im kommunalen Bereich schon einige Erfolgsmeldungen und der Autor schließt mit dem Aufruf: Empört Euch!

Weiblicher Unterdruck



Da die Weinbergschnecke mein Totemtier ist, wundert es mich nicht, dass mein Weg zur Macht – oder zumindest bis zur gesellschaftlichen Gleichstellung – so lange dauert. Aber was ist mit den anderen Damen? Unter ihnen sind ein paar ganz patente und flotte Leute, die aber auch nicht recht vorankommen. Sie widersprechen? Sehr gern. Schauen Sie bitte trotzdem an einem beliebigen Wochentag in die Zeitung und zählen Sie die abgebildeten Frauen. Außer Angela Merkel werden vor dem Kultur- oder Gesundheitsteil nur Krawattenträger aus dem Blatt lachen.

Persönlich bin ich selbst schuld an meinem Feststecken, Ambition ist anstrengend und it's lonely at the top, ich brauche die menschliche Wärme meiner Mitschöpfung. Aber die Tüchtigen? Warum liegt der Frauenanteil im Nationalrat bei 37 Prozent, obwohl wir fast 52 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung stellen (und sogar oft selbst neue BürgerInnen produzieren)?

Grübelnd bestellte ich meinen geistigen Weingarten – mit Erfolg! Wissen Sie, warum Frauen erst seit 100 Jahren wählen dürfen, warum sie (Ausnahmen bestätigen die Regel) nicht Bundespräsidentin oder Kanzlerin werden können? Warum es unter Österreichs BürgermeisterInnen mehr Menschen mit dem Vornamen „Josef“ als solche mit Brüsten gibt? Antwort: Es ist unsere Natur. Wir Frauen können nichts dafür, die Männer natürlich auch nicht. Wir müssen jetzt kurz über das Geschlechtliche reden (Kinder sind ohnehin nicht Zielgruppe von „Interesse“, oder?). Es liegt an der sexuellen Ausstattung des weiblichen Körpers. In Frauen bildet sich durch den einschlägigen Mangel untenrum eine Art Vakuum, die oben einen Unterdruck in den neuronalen Zentren für Ehrgeiz, Durchsetzungskraft und Ich-Stärke auslöst. Kann man nichts machen!

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse

TERMINE

Gesellschaftspolitische Tagung: Arbeit spaltet!?

Sa., 23. März 2019, 10 bis 17 Uhr im
Bildungshaus Schloss Puchberg, Wels.
In Kooperation mit den *ksoe-Absol-
ventInnen*, sowie dem *Forum mensch
& arbeit – KAB und Betriebsseelsorge*
Näheres zur Veranstaltung siehe Seite 5.

Ökumenisch theologischer Tag zum Thema: „Rechtspopulismus und Kirchen“ fundamental – radikal – populär. Kirche, Politik und Gesellschaft in verunsicherten Zeiten

Mi, 15. Mai 2019, 9.00 bis 15.30 Uhr,
Priesterseminar Linz, Harrachstraße 7
ReferentInnen: *Prof. Dr. Anton
Pelinka, Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Regina Polak,
Bischof Dr. Manfred Scheuer,
Superintendent Dr. Gerold Lehner*

Die neuen rechtspopulistischen Bewe-
gungen stellen Fragen an das Verhält-
nis von Kirchen und Politik. Sind hier
neue unheilige Allianzen im Entste-
hen? Gibt es Überschneidungen in
ethisch/moralischen Fragen? Werden
Kirchen hier instrumentalisiert? Ist das
„christliche Abendland“ in Gefahr oder
das „Christliche“ im Abendland?
Der Ökumenisch Theologische Tag
reflektiert diese Fragen in einem inter-
disziplinären Gespräch.

Information/Anmeldung:
oekumene@dioezese-linz.at
☎ (0732) 76 10 – 32 56

Solidarisch Wirtschaften Lehrgang in 4 Modulen

Infos: Katholische Sozialakademie
Österreichs | www.ksoe.at

Anmeldung bis 10. April bei
Konstanze Pichler | (01) 310 51 59-72
konstanze.pichler@ksoe.at
Kosten: 960 Euro

Lehrgangs-Orte und Termine:

Wien: 16. – 17. Mai 2019
Friesach: 4. – 5. Juli 2019
Bozen: 26. – 27. September 2019
Wien: 14. – 15. November 2019

Auf Spurensuche in Budapest – Sozialpolitische Studienreise

Mi., 19. bis So 23. Juni 2019 (Fronleichnam)

Wir treffen KritikerInnen der Orban-Regierung, aber auch MitstreiterInnen und JournalistInnen. Wir besuchen NGOs aus dem Sozialbereich und VertreterInnen von Zivilgesellschaft und Kirche und versuchen uns ein Bild zu machen von der Situation im Nachbarland. Wir entdecken die Sehenswürdigkeiten der Donau- metropole, spazieren durch das jüdische Viertel, machen eine Schifffahrt auf der Donau und erschmecken die kulinarischen Genüsse von Ungarn. Wohnen werden wir im altherwürdigen Hotel Gellért und in dem im Jugendstil erbauten Gellért-Thermalbad gleich nebenan können wir uns auch einmal ausspannen.

Reiseleitung: Dr. Christoph Mülleder

Reisepreis: ab 790 € im DZ inklusive Bahnreise, Halbpension, Stadtführungen und Reiseleitung

Anmeldung: www.weltanschauen.at


Autofasten
Heilsam in Bewegung kommen

www.autofasten.at | **6. 3. bis 20. 4. 2019**

Auto stehen lassen & Öffis nutzen

Autofasten ist ein wirksames Mittel zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und hilft daher, den Konsequenzen des Klimawandels entgegenzuwirken.

Die von der katholischen und evangelischen Kirche getragene Initiative vom Aschermittwoch, 6. März bis Karsamstag, 20. April 2019 lädt ein, das eigene Mobilitätsverhalten zu überdenken und auf sanfte Mobilität umzusteigen.

Autofasten ist immer ein Gewinn

Neben der eigenen körperlichen Bewegung und dem Schutz unserer Erde durch weniger CO₂ Ausstoß, gibt es auch schöne Preise zu gewinnen. So kann jede/r die **VCÖ-AktivMobil-Versicherung gratis für 2019** beantragen.

Senden Sie Ihre **Monatskarte des ÖÖVV** für März oder April 2019 (Jahreskarte in Kopie) bis 3. Mai 2019 an das Sozialreferat der Diözese Linz und mit etwas Glück gewinnen Sie einen Gutschein für die Kosten Ihrer Monatskarte. Weitere Informationen zur Versicherung und den Gewinnen auf www.autofasten.at

Information und Kontakt:

www.autofasten.at oder Sozialreferat der Diözese Linz, Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10-32 51



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeber und Verleger: Mag.^a Lucia Göbesberger
Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M - Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz


Katholische Kirche
in Oberösterreich